

Wachstum und Gesellschaftspolitik

In der Diskussion über Wachstum geht es neuerdings immer mehr um den Wachstumsbegriff selbst, weniger um die optimale Wachstumsstrategie bzw. um Wachstumspolitik. Der Wachstumsbegriff selbst ist zum Problem geworden¹⁾. Solange das Ziel nicht einigermaßen klar umrissen werden kann, ist es wenig sinnvoll, sich über die Mittel zu streiten.

In der Prognos-Studie „Wachstum und Gesellschaftspolitik“ steht allerdings immer noch der Mittelaspekt — die Wachstumsstrategie — im Vordergrund²⁾. Die Autoren versuchen, die „gesellschaftlichen Grundlagen der langfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums“ in den Griff zu bekommen. Eine der zentralen Thesen der Studie: „Der größte Wachstumserfolg ist dann zu erwarten, wenn man die knappen politischen Energien darauf konzentriert, Engpässe zu überwinden, die das weitere wirtschaftliche Wachstum am stärksten hemmen“ (S. 40). Es wird also eine Engpaßpolitik empfohlen. Hierzu ein Beispiel: Die *Erhard'sche* Freisetzung der Marktkräfte unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg war das konsequente Verfolgen einer solchen Engpaßpolitik. Sie ermöglichte nach Auffassung der Autoren das (inzwischen versiegte) deutsche Wachstumswunder. Heute liegen die Engpässe in der BRD woanders: Im außenwirtschaftlichen Bereich, im Bildungssektor und im Bereich der Industriestrukturpolitik — um nur drei wichtige der im Gutachten genannten Engpässe hervorzuheben. Darüber hinaus setzt die Beseitigung der Engpässe voraus, „daß die vorherrschende regressive Weltanschauung auf eine — Veränderung und Reformen gegenüber aufgeschlossene — progressive Einstellung umfunktioniert wird“ (S. 359).

Die Problematik des Wachstumsbegriffs — verstanden als Steigerung des Sozialprodukts oder der Produktivität — wird von den Prognos-Gutachtern durch den Hinweis erledigt, daß der „Wohlstands-

müll“ (Luftverschmutzung, Wasservergiftung usw.) um so eher beseitigt werden kann, wenn die Produktivität hoch ist. Gleiches gelte auch für die sogenannten „immateriellen“ Bereiche des Wohlbefindens wie z. B. Erholungswesen, Bildungswesen und sozialer Wohnungsbau (S. 99). Mit der Bemerkung, daß das Wohlbefinden wiederum die Produktivität erhöht, wird der Konflikt zwischen hoher „Qualität des Lebens“ und Sozialproduktsteigerung, wenn nicht hinwegdiskutiert, so doch erheblich eingeschränkt³⁾. Um aber nicht in den Geruch zu kommen, einen einseitigen Wachstumsbegriff zu verwenden, wird Wachstum als „Freiheitsmehrung“ verstanden. „Zur Freiheit gehört auch die Verfügbarkeit über reine Luft, sauberes Wasser, geräumige Straßen, einsame Spazierwege usw.“ (S. 101).

Zwischen Wachstum (Ausweitung der individuellen Freiheitsspielräume) und Gerechtigkeit (gleich große Freiheitsspielräume bzw. Startchancen für alle) kann ein Zielkonflikt bestehen. Dieser wird folgendermaßen begründet: Der Freiheitsspielraum des einzelnen hängt sehr stark ab von ökonomischen Faktoren, d. h. u. a. auch vom Einkommen. Was aber heißt gleich großer Freiheitsspielraum bzw. gerechte Einkommensverteilung? Ohne es zu begründen, wird behauptet, daß gerechte Einkommensverteilung nicht eine Nivellierung der Einkommen bedeuten könne. Vielmehr wird auf die fragwürdige Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung zurückgegriffen. Danach wäre die Entlohnung als gerecht anzusehen, wenn sie dem Grenz-

1) Vgl. B. Gahlen, Wachstumstheorie — Streit um Glaubenssätze, in: Wirtschaftswoche, Nr. 22 vom 2. 6. 1972.

2) D. Schröder, K. Roesler, G. Zubeil, Wachstum und Gesellschaftspolitik, Prognos-Studie Nr. 4, Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1971, 567 S., kart. 48,— DM. Die Studie wurde im Auftrag des Bundeskanzleramtes angefertigt und im Oktober 1969 abgeschlossen.

3) Lakonisch wird das Verdienst der amerikanischen Industriosozologie gewürdigt, daß diese erkannt hat: Wohlbefinden erhöht die Produktivität. „Man mag eine entsprechende ‚industrial-relations-Politik als ‚repressiv‘ bezeichnen, indessen was soll's: das Wohlbefinden ist gewährleistet und der Effekt kommt den Konsumsteigerungsmöglichkeiten zugute“. (S. 100). Offenbar ist den Autoren hier nicht eingefallen, daß diese Art der Produktivitätssteigerung auch eine verschleierte Form der Ausbeutung bedeuten kann und es sich dann um ein fragwürdiges „Wohlbefinden“ handelt.

produkt der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital entspricht. Unter bestimmten Bedingungen ergibt sich bekanntlich eine solche „gerechte“ Verteilung im marktwirtschaftlichen System. Die Autoren sind sich zwar darüber im klaren, daß diese Grenzproduktivitätstheorie „in ihrem Realitätsgehalt“ mehr als umstritten ist. Dennoch hat man nach ihrer Auffassung bisher kein besseres Prinzip gefunden. „Es ist wie beim Allokationsproblem: Das Ergebnis der Marktregulierung ist zwar willkürlich, die Marktwillkür ist jedoch optimaler und gerechter als die Willkür einer zentralen Instanz“ (S. 109).

Folgt man den gleichen methodologischen Spielregeln, wie die Prognos-Gutachter, d. h. dem wissenschaftstheoretischen Programm *K. R. Poppers* (Kritischer Rationalismus)⁴⁾, dann liegen hier gleich zwei Verstöße gegen diese Spielregeln vor:

Obwohl sie gewisse Bedenken haben, halten die Autoren erstens im Grunde daran fest, daß die Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung empirisch überprüfbar ist. Es muß jedoch festgehalten werden, daß bislang nichts dafür spricht, einen solchen methodologischen Status der Grenzproduktivitätstheorie anzunehmen. Vielmehr gibt es gute Gründe, dieser Theorie jeglichen empirischen Gehalt abzusprechen⁵⁾.

Es spricht zweitens nicht für die wissenschaftstheoretische Konsistenz der Autoren, wenn sie unüberprüfbar metaphysischen Aussagen durch die Hintertür doch wieder Einlaß in den Bereich der erfahrungswissenschaftlichen Aussagensysteme gewähren wollen, indem sie einen naturalistischen Fehlschluß, d. h. einen Schluß vom Sein auf's Sollen, erlauben. Denn selbst wenn die Verteilung in einer Volkswirtschaft sich entsprechend den Grenzprodukten gestalten würde, ließe sich von diesem „Seinsurteil“, d. h. einer empirisch überprüfbar und überprüften Aussage, nicht auf das „Werturteil“ schließen, diese Verteilung sei gerecht. Sowohl was die „Gerechtigkeit der Einkommensverteilung“ als auch die „optimale Allokation der Produktionsfaktoren“ angeht, ist die Aussage

der Autoren, dies würde bei einer Marktregulierung eher als bei Regulierung durch eine zentrale Instanz gewährleistet sein, ein nicht als solcher kenntlich gemachter Glaubenssatz, nicht jedoch eine empirisch belegbare oder belegte Aussage.

Wieder zurück zum Zielkonflikt zwischen Wachstum und Gerechtigkeit. Ungerecht wären nach den Ausführungen der Gutachter Differentialrenten, d. h. Gewinne, die über die Entlohnung gemäß dem Marginalprinzip hinausgehen. Um des Wachstums willen müßten jedoch solche Differentialrenten in Kauf genommen werden. Kronzeuge ist hier *A. O. Hirschmann*: „Es muß unser Ziel sein, die Ungleichgewichte, deren Symptome in einer Wettbewerbswirtschaft Gewinne und Verluste sind, existent zu halten und nicht auszuschalten. Wenn das Fortschreiten einer Volkswirtschaft erhalten werden soll, ist es die Aufgabe der Entwicklungspolitik, Spannungen, Verzerrungen und Ungleichgewichte aufrechtzuerhalten.“⁶⁾ In der Prognos-Interpretation wird dies zu der landläufigen These, daß Monopolgewinne oder Differentialrenten zwar nicht gerecht, dafür aber zweckmäßig seien, weil dadurch das Wachstum gefördert und die Einkommen zwar nicht relativ so doch absolut stärker steigen.

Es ist schade, daß die Autoren nicht wenigstens den Versuch unternommen haben, den Zielkonflikt zwischen Wachstum und Verteilung empirisch zu durchleuchten⁷⁾. Genauso schade ist es, daß sie ihre These über den Zielkonflikt nicht vor dem

4) Vgl. K. R. Popper, *Logik der Forschung*, 2. Auflage, Tübingen 1966.

5) G. C. Archibald, *Testing Marginal Productivity Theory*, in: *Review of Economic Studies*, 1959-60, S. 210.

6) A. O. Hirschmann, *Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Stuttgart 1967, S. 62.

7) Bildet man z. B. die Relation Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Selbständigen zu Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer, so weist Japan die „gerechteste“ Verteilung mit einem Verteilungskoeffizienten von 1,43 auf. Es folgt die Bundesrepublik mit 2,37. Die „ungerechteste“ Verteilung weist — trotz Einkommens- und Körperschaftssteuerprogression! (S. 6) — Großbritannien mit 4,17 auf (Angaben für 1969). Genau umgekehrt verhält es sich mit den Wachstumsraten. Japan weist im Zeitraum 1960-69 ein Wachstum des BSP von 157,2%, die BRD 52% und Großbritannien 28% auf. Das sind Basissätze, die mit der Prognos-Hypothese nicht vereinbar sind.

Hintergrund ihrer eigenen Engpaßstrategie diskutieren: Unter den Engpaßfaktoren befinden sich nämlich nicht die Unternehmergewinne bzw. die Privatinvestitionen. Im Gegenteil: Unter dem Stichwort „Wachstumspolitische Sackgassen“ wird die Bedeutung der Investitionen für das wirtschaftliche Wachstum von den Autoren selbst erheblich eingeschränkt (vgl. S. 351 ff.). Die Annahme ist durchaus realistisch, daß trotz verringerter Profitquote und damit verringerter Investitionsquote die Wachstumsrate steigt. Insofern würde auch kein Zielkonflikt zwischen Gerechtigkeit (bzw. „gerechter“ Einkommensverteilung) und Wachstum bestehen⁸).

Die „Zweckmäßigkeit“ von Differentialrenten führt zu einer einseitigen, sprich, ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung. Diese Ungerechtigkeit ist notwendig — so meinen die Gutachter — für das Ingangsetzen eines Wachstumsprozesses; sie ist deshalb charakteristisch für den Frühkapitalismus und für die Entwicklungsländer.

Allerdings: „Das durch die Ungerechtigkeit der ersten Stufe bewirkte Wachstum hat nur vorübergehend die Tendenz, diese Ungerechtigkeit zu kumulieren, auf die Dauer gesehen jedoch eine Tendenz, die Ungerechtigkeit allmählich wieder zu beseitigen.“ (S. 113) Deshalb sei die Analyse des kapitalistischen Systems etwa durch *Karl Marx* falsch: Die Verelendung sei eine Übergangs-, nicht jedoch eine sich kumulierende Dauererscheinung gewesen⁹).

Es ist jedoch offensichtlich, daß der empirische Beweis für diesen singulären historischen Satz: „Es gibt im Spätkapitalismus eine Tendenz zur Nivellierung der Einkommensverteilung“ nicht zu erbringen ist. Die Verfasser weisen selbst auf die stärker werdende Einkommens- und Vermögensdifferenzierung etwa der BRD in den Jahren 1950—1961 hin. Ihre Vermutung, daß sich seit Anfang der sechziger Jahre der Trend der Einkommensverteilung umgekehrt hat, läßt sich ebenfalls nicht bestätigen. Auch seit 1960 ist die bereinigte Nettolohnquote nicht gestiegen,

sondern gesunken¹⁰). Ob also die Marx'sche Analyse des kapitalistischen Systems richtig oder falsch ist, müßten die Autoren schon etwas genauer untersuchen. Genauso gilt dies für Sätze wie: „Manches deutet darauf hin, daß die rigorose Einkommens- und Erbschaftssteuerprogression das ihrige zur Wachstumsschwäche Großbritanniens beigetragen hat.“ Solche als Seinsurteil erscheinende Aussagen sind in Wirklichkeit Werturteile, d. h. im Sinne *Mannheims* Ideologien, die kritische Rationalisten in der wissenschaftlichen Diskussion nicht verwenden sollten.

Die Verfasser untersuchen im weiteren Verlauf den Wandel der (wachstums-)politischen Meinungsbildung in der BRD. Sie weisen auf die noch vor der Währungsreform einhellige Meinung von CDU (Ahlener Programm 1947), SPD und Gewerkschaften bezüglich der Sozialisierung der Grundstoffindustrien hin, sind jedoch der Auffassung, daß sich die Durchsetzung des Erhard'schen Konzepts als richtig erwiesen hat. Gleichzeitig wird das „Umschwenken“ der SPD im „Godesberger Programm“ (1959) registriert¹¹). Ob allerdings dadurch die „endgültige Abkehr vom Sozialisierungs- und Lenkungsgedanken“ dokumentiert wurde, ist mehr als fraglich.

Im Kapitel 3.5 wird die Grundstruktur des Prognos-Wachstumsmodells erörtert

8) Im übrigen sei in diesem Zusammenhang an die von Gahlen aufgestellte These erinnert, daß es in allen entscheidenden Fragen der modernen Wachstumstheorie letzten Endes um Glaubensentscheidungen geht. Diese These wird unterstrichen, wenn man die jüngsten Äußerungen Bombachs anläßlich der diesjährigen Arbeitstagung der IG Metall in Oberhausen berücksichtigt. Bombach unterstellte einen direkten Zusammenhang zwischen Investitionsquote und Wachstumsrate des Sozialprodukts; um dies abzusichern, definierte er: „Unter Investieren werden alle das Wachstum direkt oder indirekt beeinflussenden Anstrengungen verstanden“. Damit wird der Zusammenhang über Investitionsquote und Wachstumsrate empirisch überprüfbar, die Aussage wird tautologisch.

9) Nichtmarxisten pflegen zuweilen auf die Fragwürdigkeit marxistischer Autoren hinzuweisen, die das Ausbleiben eines erwarteten Ereignisses (Zusammenbruch des Kapitalismus) mit Übergangserscheinungen (z. B. Imperialismus) begründen. Es ist nicht ohne Ironie, wenn sich die bürgerlichen Prognos-Oekonomen hier einer solchen ad hoc Argumentation bedienen, um die Marx'sche These zu widerlegen.

10) Vgl. B. Gahlen u. a. Volkswirtschaftslehre, München 1971, S. 143/44.

11) Die CDU hatte noch vor der ersten Bundestagswahl in den „Düsseldorfer Leitsätzen“ (1949) Distanz zum Ahlener Programm bekundet.

(S. 210 f.). Unter der Voraussetzung, daß alle Nebenbedingungen erfüllt sind, resultiert Wachstum allein aus den Anstrengungen für Forschung, Bildung und Kapitalintensivierung. Letztere hat einen Optimalwert, der wiederum vom jeweiligen Wissensstand (Forschung) und vom Bildungsniveau abhängt. Zu den Nebenbedingungen zählen:

1. Erziehungswesen
2. Wettbewerb
3. Optimale Unternehmensgröße
4. Optimale Marktgröße
5. Informationswesen
6. Mobilität/Flexibilität
7. Soziale Sicherheit
8. Gesundheitswesen
9. Verkehrswesen

Teilweise tauchen diese Haupt- und Nebenbedingungen bei den Engpaßfaktoren (vor allem Bildung!) wieder auf. Wiederum kann man sich hier eine methodologische Anmerkung nicht verkneifen. Die Verfasser geben als Einteilungskriterium für die Grundstrukturfaktoren und die Nebenbedingungen u. a. die Quantifizierbarkeit an. „Statistiken“ über die volkswirtschaftlichen Investitionen, über Bildungsausgaben und Forschungsausgaben existieren und lassen gewisse Schlüsse zu — die jedoch, wegen der komplexen Zusammenhänge und wegen der Wirkung nicht meßbarer „Nebenbedingungen (z. B. Wettbewerb) eher den Charakter von ‚Deutungen‘ haben als jenen exakter Nachweise nach Art der Naturwissenschaften“ (S. 227). „Deutungen“ gehören ins hermeneutische oder essentialistische Wissenschaftsprogramm, nicht jedoch in das Programm kritischer Rationalisten. Sie dienen sicher nicht dazu, dem Anspruch der Studie („neue Ansätze zu einer umfassenden Theorie der sozialen Entwicklung“) gerecht zu werden.

Den Ausführungen über die Rolle des Wettbewerbs geht wiederum das Glaubensaxiom „Das marktwirtschaftliche Ordnungsprinzip hat sich als das bestmögliche allen anderen als überlegen gezeigt“ voraus. Wiederum ist es jedoch in ein Seins-

urteil gekleidet: „Dies kann dem gesicherten Bestand wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnis zugeschrieben werden.“ Daß das marktwirtschaftliche System überlegen sei, wird durch die Unfähigkeit der UdSSR begründet, den Entwicklungsrückstand gegenüber den USA in einem „großen Sprung nach vorn“ aufzuholen. Und das, obwohl die UdSSR in Forschung, Bildung und Kapitalintensivierung Weltstandard (oder mehr) erreicht hat und auch in bezug auf die anderen Nebenbedingungen keine Unterschiede festgestellt werden. Es bleibt „allein das Fehlen des marktwirtschaftlichen Selbststeuerungssystems übrig, um die Fähigkeit, sich dem US-Niveau beschleunigt anzunähern, zu erklären“ (S. 233).

Abgesehen davon, daß die einzelnen Wachstumsfaktoren nicht quantitativ ermittelt werden — und nach Aussagen der Prognos-Gutachter nicht ermittelt werden können¹²⁾ — bleibt zu fragen, ob die Gutachter die Schwierigkeiten eines Volkseinkommens-Vergleichs zwischen USA und UdSSR als überwunden ansehen. Bislang ist es doch so, daß solche Systemvergleiche wissenschaftlich unbefriedigend sind¹⁵⁾.

Zu Beginn war bereits herausgestellt worden, daß Wachstumspolitik laut Prognos Engpaßpolitik sein muß. Während Spar- und Investitionsförderung durch den Staat als wachstumspolitische Sackgassen angesehen werden, seien umfassende Maßnahmen auf folgenden Gebieten und in der angegebenen Priorität für das weitere Wachstum der BRD unbedingt erforderlich:

- (1) Außenwirtschaftliche Engpässe
 - 1.1 Währungssystem
 - 1.2 Europäische Integration
- (2) Infrastrukturpolitische Engpässe
 - 2.1 Bildung
 - 2.2 Informationswesen
 - 2.3 Forschung
 - 2.4 Gesundheitswesen

12) Was die Meßbarkeit der Wettbewerbsintensität angeht, sei allerdings auf den interessanten, aber nicht unproblematischen Versuch von Goergens (Wettbewerb und Wirtschaftswachstum, Freiburg 1969) hingewiesen.

13) Das gilt z. B. auch für die statischen und dynamischen Effizienzvergleiche von Berliner und Balassa (Efficiency of the Soviet Economy, American Economic Review, 1964, S. 480 ff).

- 2.5 Verkehrs- und Kommunikationswesen (3) Strukturpolitische Engpässe
 - 3.1 Industriestrukturpolitik
 - 3.2 Energiepolitik
 - 3.3 Agrarpolitik
 - 3.4 Städtebauförderung

Es ist klar, daß für die Engpaßkomplexe 2 und 3 erhebliche öffentliche Ausgabensteigerungen empfohlen werden. Der Anteil der Bildungsausgaben am BSP soll sich von 1965 bis 1985 von 3 auf 7 % erhöhen. Zusammen sollen für den Bereich Unterricht und Wissenschaft im Jahre 1985 etwa 173 Md. DM ausgegeben werden (BSP-Anteil 9,6 % gegenüber 3,6 % im Jahre 1965).

Zur qualitätsmäßigen Verbesserung des Bildungssystems sollen Gesamtschulen (unter Einbeziehung der Berufs- bzw. Lehrlingsausbildung) und Gesamthochschulen gegründet werden, die Bildungskompetenz soll von den Ländern auf den Bund übertragen werden. Die Gutachter empfehlen, im Bereich der Forschung „zunächst der Entwicklung marktfähiger Produkte Vorrang vor der angewandten Forschung und dieser wiederum Vorrang vor der Grundlagenforschung“ einzuräumen. Die zuerst genannten Produkt-Innovationen würden der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit geben, auf dem Weltmarkt innovationsbedingte „Monopolrenten“ zu erzielen. Bislang nämlich „exportiert die BRD vor allem Produkte alter Technologien (Maschinen und Autos) . . ., die nur dank braver Stabilitäts- und Lohnpolitik international wettbewerbsfähig sind, und importiert dafür . . . Computer und neue Flugzeugtypen, in denen dank der forschungspolitisch bedingten Monopolstellung der USA noch sehr viel „Gewinnluft“ drin ist“ (S. 378).

Es finden sich eine Fülle von weiteren interessanten Anregungen in diesen Kapiteln. Gleichzeitig wird auch die gesamte öffentliche Einnahmen- und Ausgabenentwicklung (letztere gemäß der Engpaßpolitik) gegenübergestellt (vgl. Tabelle). Aus der Tabelle ergibt sich, daß eine Neuver-

teilung der Einnahmen auf die verschiedenen Haushaltsebenen erforderlich ist. Um das insgesamt entstehende Loch von fast 150 Md. DM zu schließen, werden Einnahmeerhöhungen (Verschärfung der Progression bei Lohn- und Einkommensteuer, Abbau von Steuervergünstigungen, Neufestsetzung der Einheitswerte für die Vermögens- und Grundsteuer, Mehrwertsteuererhöhung) und eine erhöhte Staatsverschuldung erwogen. Allerdings machen sie auf verteilungs- und konjunkturpolitisch eventuell unerwünschte Nebenwirkungen der Staatsverschuldung aufmerksam (vgl. S. 338 ff. und S. 522).

Ausgaben und Einnahmen 1985, nach Haushaltsebenen (in Md. DM)

Haushaltsebene	Ausgaben	Einnahmen	Saldo ¹⁾	Saldo ²⁾
Bund	224	254	+ 30	— 6
Länder	256	201	— 55	— 55
Gemeinden	179	117	— 62	— 62
Sozialversicherung	246	189 ²⁾	— 57	— 21
Gesamt	905	762	— 143	— 143

¹⁾ Ohne Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherung (1985: 36 Mrd. DM).

²⁾ Einschließlich Bundeszuschüsse an die Sozialversicherung.

Ein interessanter neuer Ansatz liegt darin, daß die Prognos-Gutachter „Ansatzpunkte zur Durchsetzung einer gesellschaftspolitisch orientierten Wachstumsstrategie“ unter die Lupe nehmen. Insbesondere versprechen sich die Autoren viel von einer stärkeren Einschaltung der Gewalten „Öffentlichkeit“ und „Wissenschaft“ in die politische Willensbildung. Das Verfassungsorgan „Öffentlichkeit“ kann ihrer Meinung nach jedoch nur funktionieren, wenn die notwendige Unabhängigkeit gewährleistet wird. Da das bei der Presse wegen der Kommerzialisierung und Konzentration nicht in ausreichendem Maße gesichert und die Verstaatlichung des Preswesens ein sehr heikles Unterfangen ist,

muß das Fernsehen ein Korrektiv hierzu sein (S. 445). Fernsehanstalten müssen deshalb nach wie vor Ländersache und unabhängige Körperschaften des öffentlichen Rechts sein, Fernsehjournalisten für einen Zeitraum von 3 bis 5 Jahren unkündbar und unabhängig in ihrer Programmgestaltung sein.

Für das Verfassungsorgan „Wissenschaft“ schwebt ihnen das pragmatische Modell von *Habermas* vor Augen. Aufgabe der Sachverständigen ist es danach, anzuregen und zu kritisieren, nicht jedoch zu entscheiden. Allerdings muß die Entscheidung wiederum diskutierbar und kritisierbar sein¹⁴). Kritik bedeutet dabei nach *Habermas* „vorbehaltlose Diskussion von Annahmen“, die in herrschaftsfreiem Dialog stattfinden soll¹⁵).

Wichtig erscheint aber, darauf hinzuweisen, daß man sich keinen allzu großen Illusionen hingeben sollte. Angesichts des erstaunlich geringen Bestandes an vorläufig bestätigten sozialwissenschaftlichen Theorien sollte man sich nicht wundern, wenn Wissenschaftler dazu neigen, ideologische Vorurteile als Seinsurteile zu tarnen und Gruppen von Wissenschaftlern mit gleichgearteten Ideologien das institutionalisierte Verfassungsorgan „Wissenschaft“ dominieren — sehr zum Schaden einer rationalen Politik.

Für ersteres ist das Prognos-Gutachten selbst leider ein gutes Beispiel. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß es in vielen Punkten sehr brauchbare Anregungen gibt und mit manchen kritischen Argumenten zum Fortschritt in Wissenschaft und Politik beiträgt. *Dr. Manfred Krüper*

14) J. Habermas, Verwissenschaftliche Politik und öffentliche Meinung, in: Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt 1968.

15) T. Adorno, H. Albert, R. Dahrendorf, J. Habermas, H. Pilot, K. R. Popper, Der Positivismustreit in der deutschen Soziologie, Neuwied u. Berlin 1970, S. 249.